

2879/J XXIV. GP

Eingelangt am 13.07.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gartelgruber und weiterer Abgeordneter

an die Frau Ministerin für Justiz

betreffend die Einrichtung von betrieblichen Kinderbetreuungsstätten im öffentlichen Dienst.

Kinderbetreuung ist ein Thema, das Eltern ab der Geburt eines Kindes beschäftigt. Vor allem Eltern, die beabsichtigen wieder in ihren Beruf zurückzukehren, benötigen Betreuungsangebote. Diese sollen eine ergänzende Leistung und Hilfestellung zur Unterstützung der Eltern darstellen, altersgerechte und geeignete Angebote für die Kinder umfassen und flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, damit Eltern echte Wahlfreiheit bleibt. Davon betroffen sind auch Beschäftigte im Bundesdienst.

Viele Immobilien, die Dienststellen der Bundesverwaltung beherbergen, verfügen über ausreichend Fläche um Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesminister Justiz nachstehende

Anfrage:

1. In welcher Weise hat sich Ihr Ressort bisher mit dem Thema der Kinderbetreuung hinsichtlich der Bediensteten des Bundes beschäftigt?
2. Wie viele Bundesbedienstete sind, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Standorten Eltern von minderjährigen Kindern?
3. Wurden konkrete Initiativen gesetzt, um den Bediensteten eine Betreuung ihrer Kinder in räumlicher Nähe zum Arbeitsplatz zu ermöglichen?
4. Wenn ja, welche?
5. Wäre ihr Ressort grundsätzlich bereit, die Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen an Standorten von Dienststellen des Bundes, eventuell in Zusammenarbeit mit den Ländern und Standortgemeinden zu unterstützen?
6. Wenn ja, bestünde die Möglichkeit, noch im Jahr 2009 einen Probelauf in einer Dienststelle zu starten?
7. Wenn nein, mit welcher Begründung?